



Die Blaue Fahne

Alternative Ratspolitik für Bielefeld

Ausgabe 1/ 2022

NEUE WESTFÄLISCHE DENUNZIERT CORONA-KRITIKER NAMENTLICH

Dass die Neue Westfälische sich regelmäßig zum Erfüllungsgehilfen der Regierung macht, verwundert wenig. Der alleinige Eigentümer der SPD, die Presse-Druck GmbH gehört schließlich zu 100 Prozent der SPD-Medienholding. Allerdings nimmt die Hetzjagd auf Kritiker der Corona-Maßnahmen und jene die sich der Untreue zum System verdächtig machen, neue Ausmaße an.

Zum einen geraten Unternehmen ins Visier, deren Mitarbeiter mit Teilnehmern der Bielefelder Corona-

Demonstrationen sympathisieren und werden in der NW auch namentlich genannt. Zum anderen schießt sich das SPD-Blatt auf Religionsgemeinschaften ein, die nach Meinung der Redaktion geltende Re-



gelungen nicht ernst genug nehmen.

Dabei dürfen Glaubensgemeinschaften ihre eigenen Regelungen laut Corona-Schutzverordnung treffen. Diese werden auch eingehalten, wie Sprecher verschiedener mennonitischer Gemeinden beteuern.

Der NW reicht das nicht, und spricht bei Nennung der Gemeinden offen von "Testbetrug". Dabei beruft die Redaktion sich auf einen nicht näher beschriebenen "insider".

ZAHL DES MONATS

20 Mio.

Dies entspricht in Euro dem Haushaltsminus der Stadt Bielefeld. Dieses Defizit nehmen die Verantwortlichen allerdings nicht zum Anlass die Ausgaben zu senken. Stattdessen ist ein gewaltiges Bauprogramm geplant. Die megalomane Investitionssumme: 1 Mrd. Euro.

Auf die Frage, was mit den Bauprojekten passiert, wenn der geplante Investitionsrahmen angesichts der explodierenden Baukosten nicht reicht, gaben uns die Vertreter der Stadtverwaltung keine Antwort.

TAUSENDE AUF DER STRAÙE

Regierungskritik ist kein politisches Nischenprodukt. Das bewiesen am 17. Dezember tausende Bielefelder, als sie für ihre Rechte und ihre Freiheit auf die Straße gegangen sind.

Fast 3.000 Demonstranten hatten sich trotz kühler Temperaturen, mit Lampen und Lichtern behangen, am Bielefelder Kesselbrink versammelt. Trotz eines kleinen aber aggressiven Gegenprotests der Antifa setzte sich der friedliche Aufzug in Bewegung. Mitten unter ihnen natürlich unsere Ratsherren und Landtagskandidaten Maximilian Kneller und Dr. Florian Sander.

Da die anwesenden Teilnehmer die angemeldete Zahl fast um das dreifache überstiegen, brach die Polizei die Demonstration schließlich ab.



Dr. Florian Sander resümiert: "Mit dieser Beteiligung haben wir nicht gerechnet. Bei all den Wortgefechten in den Ausschüssen und Ratssitzungen, die wir uns immer wieder auf verlorenem Posten mit den Altparteien liefern, ist es ein bestätigendes Gefühl zu sehen, dass so viele Bürger die Nase von staatlicher Bevormundung ebenfalls gestrichen voll haben."

2G+ FÜR SPORT WIE LOCKDOWN

Seit dem 28. Dezember ist der Besuch von Fitnessstudios und Sport in der Halle nur noch für geimpfte und genesene Menschen mit tagesaktuellem Corona-Test erlaubt.

Der Bielefelder Stadtsportbund-Chef Karl-Wilhelm Schulze schlägt deshalb Alarm. Er kritisiert, dass viele Bielefelder sich trotz Strapazen drei Mal haben impfen lassen, nur um nun trotzdem ihrer Freiheiten beraubt zu werden. Er fügt hinzu: "Das ist der Lockdown für den Sport."

Die Bielefelder Stadtkasse dürfte sich über Verstöße freuen. Bei Missachtung der 2G+Regel werden 250 bis 1.000 Euro Strafe fällig.

WENIGER KUNDEN ALS 2019

Die geltenden Corona-Regelungen machen sich auf den hiesigen Einzelhandel bemerkbar. Die gesamte Region Ostwestfalen-Lippe, deren größte Stadt Bielefeld ist, hat, nach Angaben des Handelsverbands OWL, im Vergleich zum Vorcoronajahr 2019 etwa 17 Mio. Euro Verlust gemacht. Statt 2,1 Mrd. Euro konnten 2021 nur 1,4 Mrd. Euro umgesetzt werden.

Dieser Verlust liegt unter anderem an den schwindenden Kundenzahlen in der Innenstadt. So konnten zum Mittag des 30. Dezembers nur ca. 4.600 Besucher in der City gezählt werden. Normalerweise wären es um diese Zeit 17.800 potentielle Einkäufer gewesen.

Der Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes OWL, Thomas Kunz



nennt die 2G-Regelung "völlig unverhältnismäßig" und verweist auf die Zahlen des RKI, laut welchen sich nur 1 Prozent der Coronainfizierten beim Einkaufen angesteckt hätten.

Bereits Mitte Dezember wurde bekannt gegeben, dass das diesjährige Adventsshopping mit einem Kundeneinbruch von 50 Prozent kein Erfolg war.

MANN AUS BIELEFELD KANN JAHRELANG HAUSGEMEINSCHAFT BEDROHEN

Bereits im November 2019 fiel der Polizei ein 44 Jahre alte Mann auf, als er Möbel aus seinem Fenster warf. Den daraufhin anrückenden Ordnungshütern drohte er an, er werde sie „heute alle beerdigen“.

Wenige Monate später häuften sich die Beschwerden über den psychisch kranken Randalierer und der Hausmeister, flankiert von zwei Bewohnern, wollte den Mann zu Rede stellen. Dieser kündigte, mit einem Steakmesser bewaffnet an, die Anwesenden erstechen zu wollen. Die daraufhin verständigte Polizei wurde von dem Unruhestifter mit Metallrohren attackiert. Als es den Beamten gelang, den Gefährder mit Pfeffersprach zu überwältigen und zu fixieren, gelang es ihm, einen der Uniformierten Männer in die Hand zu beißen.

Später im selben Jahr wurde die Polizei in einem Supermarkt erneut mit dem Störer konfrontiert, woraufhin dieser zu einem Backstein griff, um ihn als Geschoss zu benutzen.

Erst Mitte Dezember 2021 meldete die Tagespresse: Täter freigesprochen, aber aufgrund seiner Schizophrenie in eine psychiatrische Klinik eingewiesen.

Der Ratsgruppenvorsitzende Dr. Florian Sander ist erstaunt: "Da stellt ein Mann seit 2019 eine erhebliche Gefahr für die Allgemeinheit und vor allem für die Bewohner des Hauses, in dem er lebt, dar und erst zwei Jahre später, in denen alles mögliche hätte passieren und eskalieren können, fällt das Landgericht Bielefeld eine Entscheidung." Er fügt hin zu: "Viel zu spät. Wir als Partei der inneren Sicherheit fordern: Die Mühlen

Der Justiz müssen schneller mahlen und Bielefelder vor unberechenbaren Gefährdern zeitnah schützen."

IMPRESSUM

AfD-Ratsgruppe Bielefeld
Niederwall 25
33602 Bielefeld

Vorsitzender:
Dr. Florian Sander

Kontakt:
presse.ratsgruppe@afd-
bielefeld.de

Titelgrafik:
Rathaus Bielefeld, Zefram GFDL,
creativecommons.org/licenses/by/
2.0/de

SANDERS STELLUNGNAHME

Wir haben bei der vorletzten Sitzung des Hauptausschusses einen Erweiterungsantrag zu einem FDP-Antrag gestellt, der sich richtigerweise dem Thema „Politische Neutralität der Verwaltung“ widmete. An dieser Beschlussvorlage sehen wir wieder, wie wichtig das ist, denn sie enthält gleich mehrere Punkte, die Zweifel aufkommen lassen an der generellen weltanschaulichen Neutralität zumindest von Teilen der Verwaltung. Gewiss nicht der kompletten Verwaltung; hier ist es wichtig, das zu tun, was uns fälschlicherweise immer abgesprochen wird, nämlich: zu differenzieren.

Gleichwohl: In dieser Vorlage nimmt die Politisierung öffentlicher Angebote eine klare linke Schlagseite ein, wenn etwa davon die Rede ist, dass der „Grüne Würfel“ am Kesselbrink für sogenannte „Empowerment-Gruppen“ zur Verfügung stehen soll. Wenn man dann mal fragt, wer sich dort alles so „empowern“ darf und wer nicht, würde man, so befürchte ich, zu sehr einseitigen Antworten kommen. Vermutlich hängt es dann davon ab, welche Gruppen aus linker Sicht eben noch alle so „Empowerment“ benötigen und welche nicht, und eben weil dies eine hochsubjektive Frage ist, wird es hier überaus politisch. Man darf halt bezweifeln, ob es auch Angehörigen der, frei nach Sarah Lee Heinrich, ekligen, weißen, ich füge noch hinzu: heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft erlaubt ist, sich im Grünen Würfel zu „empowern“.

Und ob die „gendersensiblen Angebote“, von denen in der Vorlage immer die Rede ist, sich auch auf

Leute, die sich einfach und ohne Umschweife als Männer bezeichnen, bzw. ob jenes böse, böse, ach so überholte männliche Geschlecht bzw. dessen Angehörige denn auch Zutritt zu allen laut Anforderung ja „öffentlich“ zu haltenden Angeboten fänden, ist ebenfalls eine spannende Frage.

Noch spannender ist freilich die Frage danach, inwieweit denn der erhobene Anspruch „politisch offener Angebote“ im Grünen Würfel so eingehalten wird: Wäre es beispielsweise einer konservativen Vereinigung ohne jede Blockade durch die Mitarbeiter-sternen-innen vor Ort möglich, dort unter Beachtung des Öffentlichkeitsgebotes ebenso Versammlungen abzuhalten, wie es laut Netzseite des Grünen Würfels etwa dem „Antifaschistischen Jugendcafé“ möglich ist? Wäre es auch Konservativen möglich, an dem ja schließlich öffentlich zu haltenden „Antifaschistischen Jugendcafé“ teilzunehmen?

Sogar noch interessanter die Frage: Wäre es einer konservativen Gruppierung, die im Grünen Würfel ein Angebot ausrichtet, eventuell möglich, von dessen Netzseite aus einen Link zum eigenen Instagram-Profil zu setzen, wie das dem Antifa-Jugendcafé problemlos ermöglicht wurde?

Fragestellungen, die man vielleicht mal ganz praktisch erkunden sollte, und auf deren Antworten ich sehr, sehr neugierig bin. Ich kann Ihnen daher versichern: Wir werden das sehr sehr genau beobachten, denn genau daran entscheidet sich, wie



Ratsgruppen-Vorsitzender:
Dr. Florian Sander

neutral solche öffentlichen Angebote wirklich sind!

Gleichzeitig gibt es im Zuge der Beschlussvorlage jedoch auch Aussagen, die uns eine Zustimmung zu dieser wirklich gänzlich unmöglich machen, und das bezieht sich auch auf die darin enthaltene Verharmlosung der Situation am Kesselbrink. Dass da allen Ernstes von einem „eher unkomplizierten Umgang mit den unterschiedlichen Menschen auf dem Kesselbrink“ die Rede ist, dass da von einem „bunten Treiben“ geschrieben wird, während der soziale Brennpunktcharakter dieses Ortes derart kleingeredet wird – das ist für uns nicht akzeptabel, und es zeigt leider abermals, wie sehr sich Teile der Verwaltung von der Lebensrealität vieler Menschen, gerade auch der Anwohner solcher Orte, entfernt haben.

*Patriotische Grüße und ein frohes
neues Jahr wünscht Ihnen Ihr*

Dr. Florian Sander

KOSTENLOSES ONLINE-ABO DER BLAUEN FAHNE?

Möchten Sie die Blaue Fahne **kostenlos** und digital abonnieren?
Senden Sie eine E-Mail, mit dem Betreff „Blaue Fahne“ an:
presse.ratsgruppe@afd-bielefeld.de

